

Märkisches Tageblatt

verbunden mit dem

General-Anzeiger

für Witten und Umgegend.

Abonnementpreis (incl. der Postbefreiung)

„Märkisches Heim“: 1,80 Mark vierteljährlich,

monatlich 60 Pf. 6^{te} Beilage durch die Post.

Bei Abnahme auf der Post incl. Porto 2,20 Mk.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Anfertigungen werden die 7 gepaltene Beilage mit 10 Pf. berechnet.

Der Eugen Richter'schen Reptilienpresse

Daß es natürlich sehr wenig, daß dem Fürsten Bismarck bei seiner jüngsten Durchreise durch Berlin von einer großen Volksmenge geradezu jubelnde Ovationen gebracht worden sind, denn nach ihrer Meinung ist Fürst Bismarck ein abgethaner, ein toter Mann; nicht nur nach ihrer Meinung soll er es sein, sondern auch in den Augen des ganzen Volkes. Darum werden von dieser Bismarckfresserpreffe nun die allerbesten Anstrengungen gemacht, die tollsten Lügen in die Welt zu setzen, um es so darzustellen, als wenn die Szenen auf dem Stettiner und Lehrter Bahnhof in Berlin am Samstag Nachmittag künstlich gemacht und nur von einigen hundert Studenten verursacht gewesen seien; ja sogar wird behauptet, sie seien antisemitischen Ursprungs. Wir glauben, außer vielleicht einem ganz winzigen Häuflein verbohrrter Freisinniger, die einzig nur das Licht der Welt in ihrem Eugen Richter erblicken, kann die freisinnige Presse, und wenn sie in ihrer bekannten Weise noch so sehr ihren Mund aufreißt, dem Volke nicht glauben machen, daß es den Begründer des Deutschen Reiches schon völlig vergessen hat und vergessen soll. War es doch nicht nur eine Schaar junger Studenten, sondern auch eine gewaltige Anzahl ehrwürdiger Herren, die sich auf dem Bahnhofe eingefunden; Damen mit Blumenbouquets, Jung und Alt war zusammengekommen und bezeugte dem großen Mann, daß es seiner nicht vergessen. Gerade das ewige „Mit Steinen werfen“ auf den großen Mann, nun, da er machtlos ist, seitens der freisinnigen, besonders der Berliner freisinnigen Presse, mag ganz besonders darauf hingewirkt haben, daß die Leute, die angeleitet sind von dem Treiben dieser Partei, öffentlich haben bekunden wollen: „Wir haben nichts gemein mit Jenen!“

Geradezu erbärmlich sind die folgenden Auslassungen, die wir hier etwas niedriger hängen:

Es kann also noch recht interessant werden, wenn der Fürst wirklich als Abgeordneter für Gieseler-Osternberg die Stufen zum Reichstagsgebäude hinaufsteigt. Einmalhin durch das große Portal, wo er es früher getan, kann er ja nicht mehr. Wenn nochmals der Wagen des Reichstagspräsidenten durch die Einfahrt donnerte, wird das begleitende Geräusch ein anderes, vielleicht ein mißtönendes sein, aber es wird darum nicht weniger lebhaft sein, eher noch lebhafter, nach den vorgetragenen Erfahrungen zu urtheilen. Wir glauben, daß Fürst Bismarck dies Moment der Straßenbeobachtungen bei seinen Entschlüssen nicht unbeachtet lassen muß, daß der von einer verhältnismäßig kleinen Schaar hervorgerufene Zustimmungslärm eine entsprechende Reaktion zur Folge haben könnte. Es wäre für die betreffenden Agitatoren beispielsweise ein Leichtes, ein paar tausend sozialdemokratische Arbeiter auf die Beine zu bringen, die von der Anwesenheit des Fürsten ebenfalls auf der Straße Notiz nehmen könnten, aber auf ihre eigene Weise.“

Diese Worte richten sich von selbst. Wunderbar erspricht in denselben der Hinweis auf die sozialdemokratischen Agitatoren. Von diesen ist Fürst Bismarck niemals so angegriffen worden, wie von Richter und Conforten; man bekommt dabei die Vorstellung, als wenn der Schreiber der Zeilen weiten Kreisen das Signal geben wollte, zu thun, was er sich wünscht. Freilich, wenn Eugen Richter in den Reichstag geht, dann bleibt kein Mensch stehen und schreit Hoch, und das scheint seiner Partei nicht zu gefallen. Im Uebrigen glauben wir das deutsche Volk denn doch besser zu kennen; denn dieses wird nicht den greisen Staatsmann, der sein ganzes Leben dem deutschen Vaterlande gewidmet hat, nun er in Ungnade gefallen, mit Pfeilen empfangen. Sein Werk, das Deutsche Reich, besteht, Bismarck hat es mit Blut und Eisen zusammengegeworfen, trotz Eugen Richter, und das deutsche Volk dankt ihm dies, und wird es ihm immer danken.

Wenn oben gesagt wird, Fürst Bismarck würde dies Moment der Straßendemonstrationen bei seinen Entschlüssen, in den Reichstag zu kommen, nicht unberücksichtigt lassen, so scheint der häßliche Artfelfabrikant von sich auf andere zu beziehen. Bis hier hat sich der Fürst noch niemals durch dergleichen öffentliche Kundgebungen irgendwie beeinflussen lassen, ja, er ist ihnen sogar meist aus dem Wege gegangen. Wenn er es aber für geboten halten sollte, seine Stimme im Reichstage zum Heile des Landes vernahmen zu lassen — Eugen Richter läßt ja seine Stimme auch nur zum Heile des Landes erklingen —, dann wird er nicht danach fragen, ob ihm auf seinem Wege zum oder vom Reichstage Ovationen gebracht werden, ob sein Wagen durch die Einfahrt „donnert“, wie die freisinnige Presse so schön sagt (vielleicht donnerte es dann allemal bei ihrem Parteipapst), oder ob er einfach vorfährt, dann stehen ihm die Interessen seines Landes höher als solche ephemere Erfolge. Aber im Herzen hat es ihn sicher gereut, zu sehen, daß er nicht vergessen ist, nein, daß noch allwärts seiner mit Liebe und Achtung gedacht wird!

Rundschau.

* Zehn Jahre waren es am 17. November, daß die weltberühmte kaiserliche Postschafferei veröffentlicht wurde, mit welcher die Arbeiten an der Reichs-Arbeiterversicherung in Deutschland eingeleitet wurden. Zehn Jahre angestrengtester Thätigkeit auf sozialpolitischem Gebiete liegen hinter uns, und fast genau mit dem Abschluß dieses Zeitraumes fällt die praktische Durchführung der letzten der in jener Postschafferei in Aussicht genommenen Vorhaben zusammen. Der 22. November ist der Tag, von welchem ab Ansprüche auf Invalidenrente erhoben werden dürfen. Es ist ein stattliches Gebäude, das mit der Arbeiterversicherung in Zusammenhang steht und in ganz Deutschland, namentlich aber in den Arbeiterkreisen, denen das Gebäude eine sichere Unterkunft gewährt, wird man gern und dankbar der Baumeister und Werkleute gedenken, welche an diesem Bau mitgewirkt haben und noch mitwirken.

Eins der einfachsten und praktischsten Mittel zur Förderung des gewerblichen Mittelstandes ist anerkanntermaßen die Baarzahlung aller Waaren; schon zu außerordentlich häufigen Malen ist von den verschiedensten Seiten hierauf hingewiesen worden, aber immer wird in hohem Grade gegen diese Forderung verstoßen. Es kommt ja bei der Veräumlichung der Begleichung von Rechnungen des mittleren und kleineren Gewerbestandes viel weniger böser Wille in Betracht, sondern nur die liebe Bequemlichkeit; und in letzterem Punkte wird selbst von solchen Personen noch oft genug gefehlt, denen es im Grunde genommen ganz gleichgültig sein kann, ob sie die Rechnung etwas früher oder später bezahlen. In diesem Winter verdient nun die Baarzahlung eine ganz besondere Beachtung, und wir wollen deshalb nochmals auf das Thema zurückkommen. Daß die Lebensmittel und Löhne erheblich theurer geworden sind, weiß Jeder, daß die Kaufkraft des Publikums nicht im gleichen Maße gestiegen ist, sondern vielfach über schlechte Geschäfte und geringen Verdienst geklagt wird, ist ebenso bekannt. Daneben nimmt die Zahl der großen Kaufhäuser in den Verkehrszentren immer mehr überhand, die Kataloge derselben fliegen von allen Seiten dem Publikum ins Haus. Damit entsteht für den Mittelstand, der doch für das Gedeihen der Bevölkerung von allergrößter Bedeutung ist, eine verschärfte Konkurrenz. Und was für das private Publikum gilt, das sollte auch für die Behörde maßgebend sein; es dauert mitunter recht lange, bevor die vorgeschriebenen Formalitäten erledigt sind und Rechnungen beglichen werden. Wenn es hier auch ohne bestimmte Formalitäten nicht abgeht, so empfiehlt sich doch eine schnelle Erledigung derselben, gerade im Geldpunkte sollten die Amtsstellen allen anderen mit guten Beispielen vorangehen. Verschiedentlich besteht aber selbst bei Behörden noch die Einrichtung, daß ein Jahreskredit beansprucht wird. Warum? Weist nur deshalb, weil es immer so war! Mit solchen Gründen soll man aber heute nicht mehr kommen, sie sind nicht mehr stichhaltig und veränderten Zeitverhältnissen muß auch von der Seite prompt Rechnung getragen werden. Woher Behörden, noch Privatleute sollten heute einen Jahreskredit beanspruchen, selbst wenn es dem betreffenden Geschäftsmann gleichgültig wäre. Es handelt sich um das Prinzip, und das des Jahreskredits ist kein gutes, heute unbedingt nicht zu billiges. Gegenwärtig ist die Geschäftslage und sind die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so, daß zwölf Monate hindurch Beträge müßig ruhen können; es handelt sich um schnelles Umlaufen des Geldes, um Befriedigung der laufenden Forderungen, wodurch ganz allein Unzulänglichkeiten vermieden werden können. Den Behörden ist auch ganz besonders bei Vergebung von Aufträgen und Arbeiten zu empfehlen, den Mittelstand zu berücksichtigen. Darin kann noch ungemein viel gethan werden. Der Hops, der hier noch herrscht, nicht überall ja, aber doch verschiedentlich, führt noch zu allerlei bunten Stücken. So ist ja vor gar nicht langer Zeit mitgeteilt worden, daß eine städtische Behörde eine Submission wegen Lieferung von 500 ertragreichen Couverts ausschrieb, statt dieselben bei irgend einem Buchbinder einfach anfertigen zu lassen. Wenn hier eifrig überall die Bezugsquellen für den Bedarf geprüft werden, so wird sich viel dem Mittelstande zuwenden lassen, was ihm heute nicht zufließt. In großen Städten giebt es verschiedene Branchen, welche sich in aller Form als behördliche Lieferanten für große Gebiete des Reiches aufspielen. Man laßt dort auch nicht so erheblich billiger, daß die behördliche Kasse davon einen ganz besonderen Vortheil hätten, und sollte lieber zu Hause irgend einem Geschäftsmann den Profit schenken. Mag diese Anregung überall da, wo man den heutigen Verhältnissen noch nicht in dem Umfange, wie es wünschenswert wohl ist, Rechnung getragen, Beachtung finden, es wird ein

reicher Nutzen sich daraus ergeben. Es handelt sich da vielfach, meist sogar nur um Kleinigkeiten, aber wenn viele solcher Kleinigkeiten zusammenkommen, giebt es am Ende ein ganzes Stück. Und das ist die Hauptsache.

* Der Zusammenbruch der verschiedenen großen Berliner Bankfirmen beschäftigt natürlich auch die russische Presse, und daß diese traurigen Verhältnisse keine besonders milde Beurteilung an den Ufern der Newa finden, kann Niemand Wunder nehmen. Merkwürdig hört es sich aber an, wenn einzelne russische Blätter sich gar zu sehr in die Brust werfen und ihren Lesern klar zu machen suchen, daß die Lage in Deutschland kaum noch besser sei als die jetzige russische Krisis. Die Schuld an dem ganzen Strich trägt natürlich in russischen Augen das Arbeiten Deutschlands gegen die russischen Werthe, das deutsche Anstreben, den kleinen französischen Bourgeois-Kapitalisten an der Preiswürdigkeit der russischen Staatspapiere irre zu machen usw. Der Franzose brauchte sich aber nicht erst durch die angeblichen Berliner Intriganten über die wahren russischen Finanzverhältnisse aufklären zu lassen. In Petersburg wie in Moskau, in allen russischen Städten pfeifen es die Späßen auf den Dächern, daß Rußland schweren Zeiten entgegengeht, daß die jetzige Finanzkrise faum mehr zu ertragen ist. In Moskau häuften sich in den letzten Tagen die Wechsel-Proteste derart, daß man den Protest vom Notar erst nach zwei Tagen erhalten konnte, und in Petersburg ist es für kleinere Geschäfte bezw. Banken recht schwer, sofort Geld für die eigenen hinterlegten Deposits aus der Reichsbank zu erhalten. Großen Banken wird allerdings das Geld sofort ausgezahlt, kleinere werden oft zwei Tage lang mit wichtigen Gründen abgespeist, bis sie zu ihrem Gelde kommen. Die großen Geldinstitute muß der Finanzminister sich eben warm halten. Charakteristisch ist besonders ein Vorrecht, welches denselben in den letzten Tagen zuerkannt wurde. Als jeherzeit die zu 215 Rubel vorausgabten „Adelsloose“ untergebracht werden mußten und die großen Banken „aus Gefälligkeit“ große Posten übernahmen, blieben sie auch mit ihren hohen Loossposten schließlich sitzen, gegen die das Publikum sofort starkes Mißtrauen zeigte. Neuerdings sehen sich verschiedene der großen Banken gezwungen, jene Loossposten in der Reichsbank zu verpfänden, und zum Lohn für ihre einstige Gefälligkeit brauchen sie von jetzt ab bis zum Mai t. M. der Bank nur 4 Prozent Zinsen zu zahlen; alle anderen aber, die Adelsloose verpfänden, müssen den allgemein bestimmten Prozentsatz, also das Doppelte, zahlen. In Rußland wird eben nicht alles mit gleichem Maße genossen.

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung vom 17. November.

Im Bundesrathsausschuß: v. Caprioli, v. Böttcher, v. Marckall, v. Walzow u. A. zeitweise.

Das Haus ist anfangs schwach, später jedoch besser besetzt.

Präsident v. Bredow eröffnet die Sitzung mit einem Willkommensgruß an die Mitglieder des Hauses zum Wiederzusammentritt nach der über den Sommer ausgehenden Vertagung.

Der Präsident gedenkt Johann des am 6. Oktober cr. erfolgten Ablebens des Königs Karl von Württemberg, eines Bundesfürsten, der fest treu zu Kaiser und Reich gestanden und die Interessen seines Landes mit denen des Reiches aufrichtig in Einklang zu bringen wußte.

Der Reichstag hat diesen Nachruf stehend angehört. Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten, auf welcher zunächst steht: Erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Festhaltung des Sklavenhandels.

Abg. Fritz Arenberg (Centr.) fragt, ob es wahr sei, daß in einzelnen deutschen Schutzgebieten nicht bloß der Sklavenhandel gebildet werde, sondern die Kolonialbehörden diesem Handel auch Vorschub leisteten, wie dies beispielsweise von dem deutschen Afrikareisenden Krause bezüglich der Schutzgebiete in Kamerun und Togo behauptet werde. Es sei deshalb wünschenswert, daß die verbündeten Regierungen durch eine klare und bindende Erklärung ein für alle Male diesen Erklärungen, welche das deutsche Ansehen so schwer schädigen, entgegenzutreten, damit ein für alle Male solchen Behauptungen ein Ende gemacht werde. Mit der Gesetzesvorlage selbst ist der Redner einverstanden.

Bundeskommissar Geh. Legationsrath Dr. Kayser: Die Ausführungen des Afrikareisenden Krause, von welchen der Herr Abgeordnete sprach, werden vielfach mißverstanden. Herr Krause hat nicht gesagt, daß unter den Augen der deutschen Behörden Sklavenhandel getrieben werde, noch weniger, daß sie ihre Zustimmung dazu geben. Er hat seine Meinung nur dahin geäußert, daß die Verhältnisse in den deutschen Kolonialgebieten in Bezug auf die Sklaverei nicht schlimmer liegen, als in Brasilien und anderen Ländern, in welchen eine Jahrhunderte lange Kulturarbeit stattgefunden hat. Alle Verhältnisse lassen sich in halbwillkürlichen Ländern nicht mit einem Male gänzlich umkehren, das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in den Tropen wird sich ganz allmählich erst heben müssen.

Abg. Winter (Centr.): Die Ausführungen des Herrn Regierungskommissars haben mich nicht befriedigt. Ich halte es für dringend nöthig, daß die Kolonialbehörden den Sklavenhandel nicht bloß, sondern auch die Sklaverei unterdrücken. Wir werden darüber in einer Kommission

näher sprechen können, bei der diese Vorlage zu überweisen bitte.

Es folgen Petitionen.
Die Petitionskommission beantragt, eine Petition des Kreisgerichtsraths Dr. Hille, die Kranken- und Unfallversicherung auf Gefangenen auszuweiten, dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abgeordn. v. Bredow (konf.) widerspricht dem Kommissionsantrag. Gefangene sind doch keine Arbeiter, denen noch besondere Wohlthaten erwiesen werden müßten. Die gewöhnliche Erweiterung würde nur eine Belastung anderer Kreise herbeiführen, die ich nicht verantworten kann.

Abg. Singer (Soz.-Dem.) ist über diesen Widerspruch verwundert. In der Petitionskommission hat kein Zweifel darüber bestanden, daß gerade Gefangene des Schutzes der Versicherung bedürften, weil dieselben gezwungen werden, sich der Gefahr auszusetzen.

Abg. v. Jagow (konf.) tritt zurück, daß die Gefangenen besondere Berücksichtigung verdienen. Die Leute müßten doch erkennen, daß sie im Gefängnis seien.

Abg. Köstke (lib.) möchte doch etwas Rücksicht genommen wissen, ebenso Abg. Schmidt-Greif (frei.) welcher betont, daß durch die Beseitigung der Versicherung die Strafe für die Gefangenen noch verschärft werde. Auch die Gefangenen müßten als Arbeiter betrachtet werden, sonst werde man zu recht bedenklichen Folgerungen kommen.

Abg. Giese (Chr.) findet kein Bedenken bei dem Vorschlage der Kommission und bittet, denselben anzunehmen. Eine Abänderung der Unfall- und Krankenversicherung sei längst in Aussicht gestellt; bei dieser Gelegenheit könne die vorliegende Frage mit erledigt werden.

Abg. Debel (Soz.) befürwortet die Annahme des Petitionsantrages.

Abg. v. Jagow (konf.) würde eine Versicherung der Gefangenen nur dann für begründet halten, wenn alle Leute gegen jeden Unfall versichert werden müßten. Er wünsche gar nicht, daß die Gefangenen mit geschäftlichen Arbeiten sich befassen sollen, die den Wanderverkern Konkurrenz machen; da werde sich wohl etwas Anderes finden.

Der Antrag des Abg. v. Bredow, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, wird abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Eine Petition auf Revision des Buchergeleges beantragt die Petitionskommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Böckel (Antifem.) kann Namens seiner Genossinnen der Petition nur bestimmen. Er verlange namentlich, daß der Staat den Verwunderten erschiene. Es sei ein Hohn, daß der Staat den Bucher zwar trafe, aber den Verwunderten an den Armenarmen verweise. Der Bucher blühe heute wie früher, nur schade er mehr im Dunkel. Nur Professoren, die nicht im praktischen Leben stehen, und andere unpraktische Leute halten weitere Schritte gegen den Bucher nicht für nöthig, alle praktischen Leute, namentlich die Vorsteher von Bankinstituten, fordern strengere Bestimmungen gegen den Bucher. Namentlich hat unsere formalistisch gebildeten Juristen Gegner der Buchergelege und haben die holländischen Unterschiede konträr. So soll z. B. Bucher nur bei Ausübung dauernder Nothlage, nicht bei momentaner Verlegenheit vorhanden sein. Wie soll man dann dem Bucher nachsehen, daß er die Nothlage seines Opfers kannte? In diesem Erforderlich ist die meisten Buchergelege. Auch der landesübliche Zins ist ein unsicherer Begriff; er wird nicht selten durch die Börsen festgestellt, deren ganzes Treiben auch oft nichts Besseres ist als Wucher. So kommt es, daß der Bucher namentlich bei der Landwirtschaft in Blüthe steht.

Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Hoffe stellt dem Hause anheim, dem Reichskanzler die Petition zu überweisen. Es habe eine Umfrage bei den verbündeten Regierungen über besondere Arten des Wuchers stattgefunden. Erst auf Grund dieser Erhebungen könnten eventuell gesetzliche Schritte eingelegt werden.

Abg. Richter (frei.) meint, mit neuen Gesetzen müsse man auf diesem Gebiete ungemein vorsichtig sein; wichtiger als neue Gesetze sei die Ausführung der Verordnungen. Diese müsse erkennen, daß sie selbst sich allein am besten gegen alle Wucherer schützen könne.

Abg. v. Strombeck (Chr.) befürwortet die Ueberweisung der Petitionen an den Reichskanzler zur Erledigung.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antifem.) behauptet, daß namentlich die Juden zum Wucher neigen, sie haben das vor 6-700 Jahren getan und sie thun es heute noch. Die Regierung werde unbedingt diese jüdische Eigenschaft bei Novellen zum Buchergelege berücksichtigen müssen. Redner führt dann weiter aus, daß das Sittengeleg der Juden den Bucher begünstige und erlaube und citirt zum Belege hierfür verschiedene Stellen aus dem Talmud, der von den jüdischen Gelehrten anerkannt werde. Die Antifemisten hätten Recht, wenn sie die Bevölkerung aufflärten.

Abg. Richter (frei.) wendet sich gegen diese Ausführungen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen, und die Petition, entsprechend dem Antrage von Strombeck, dem Reichskanzler zur Erledigung überwiehen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Novelle zum Krankengeleg.)

Deutsches Reich.

* Berlin, 17. Nov. Wie die „Nat.-Vb. Corr.“ hört hat Fürst Bismarck bei seiner Durchreise durch Berlin einer hier eingetroffenen Deputations-Delegation des Reichstages gegenüber erklärt, vor Winternächten habe er sein Erscheinen im Reichstag nicht für nöthig; wahrscheinlich werde er aber nach Neujahr sein parlamentarisches Mandat ausüben.

bpn Der Gesamtbetrag der bewilligten Anleihecredite beläuft sich nach der dem Reichstage zugegangenen Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihe-Gesetze zur Zeit im Ganzen auf 1611 733 762,69 Mark.

bpn Unter dem Vorstehe des Staatsministers v. Voelcker hat heute im Reichsamt des Innern eine Konferenz der mit den Handelsverhandlungen iatt der Schweiz betrauten deutschen Kommissare stattgefunden.

100

